

„Wir haben bei der dezentralen Unterbringung die Bürger mit einbezogen.“

Wilfried Block

Bürgermeister von Friedland (Mecklenburg-Vorpommern)

Als Bürgermeister von Friedland haben Sie mehrfach auf die Chancen und Möglichkeiten hingewiesen, die sich aus einem Zuzug von Flüchtlingen für Ihre Kommune ergeben können. Welche sehen Sie konkret?

Block: Ich denke, dass man hier zunächst einmal auf die Situation der Kommune eingehen muss. Friedland liegt ganz im Nordosten von Mecklenburg-Vorpommern. Wir waren bis zur Wende eine Industriestadt mit gut 8.300 Einwohnern. Hier wurden vor allem landwirtschaftliche Produkte verarbeitet. Bis 1992 sind dann die großen Betriebe geschlossen worden und etwa 2.000 Arbeitsplätze weggefallen. Dadurch, dass infolge dessen viele Menschen aus Friedland weggezogen sind, hatten wir sehr viele leer stehende Wohnungen zur Verfügung, die sich, als die große Masse der Asylsuchenden 2014/15 kam, leicht wieder herrichten ließen. Damit ist die Ausgangsposition Friedlands sicherlich eine andere als in größeren Städten, etwa in Westdeutschland, wo der Wohnungsmarkt ja recht knapp ist. Zudem haben wir in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit Zuwanderern gemacht. Vor etwa zehn Jahren hatten wir hier ein Übergangwohnheim für Deutsche aus Russland, von denen einige bei uns im Ort geblieben sind, sich mit kleineren Geschäften selbstständig gemacht haben oder in der Altenpflege arbeiten. Ohne diese Menschen hätten wir hier heute in einigen Branchen einen großen Arbeitskräftemangel. Daher sehe ich ganz einfach eine Chance darin, dass diejenigen, die heute als Flüchtlinge kommen – wenn sie gut aufgenommen werden, wenn sie ein ordentliches Klima in der Stadt spüren – sich ansiedeln und bleiben. Denn als kleine Stadt im Nordosten kann man eben nur schwer mit Hamburg, München oder Berlin mithalten – die müssen gar nicht für sich werben, da wollen sowieso viele hin. Wenn wir 10 bis 20 Prozent der Migrantinnen halten könnten, wäre das für uns sehr gut. Aber man muss auch klar sagen, dass ausreichend Wohnungen und eine positive Stimmung in der Stadt nicht alles sind, sondern natürlich auch Bund und Land gefordert sind, auch in den ländlichen Regionen ordentliche Strukturpolitik zu betreiben. Denn ohne Unternehmen und Arbeitsplätze

werden viele wegziehen und dahin gehen, wo sie für sich und ihre Familie eine berufliche Perspektive sehen.

Wie viele Asylsuchende haben Sie mittlerweile in Friedland aufgenommen?

Block: Wir haben im Januar 2014 die Gemeinschaftsunterkunft in Betrieb genommen, die hat eine Kapazität von bis zu 120 Personen und ist seit dem auch immer gut ausgelastet. Dezentral haben wir 411 Menschen untergebracht, wobei wir hier auch schon einmal bei 470 Personen waren.

Sie haben gerade bereits den Wohnungsleerstand angesprochen, der die Aufnahme von Flüchtlingen in Friedland erleichtert. Gibt es noch weitere Faktoren, die Ihre Kommune von anderen unterscheidet?

Block: Wir haben einen Asylbeirat als lockeren Zusammenschluss gegründet, der sich alle sechs Wochen trifft, Informationen austauscht und sich vernetzt. In diesem Beirat sitzen die Vertreter der Träger der verschiedenen Einrichtungen: Caritas, Malteser, AWO, der evangelischen Kirche, der Polizei, aber beispielsweise auch der Turn- und Sportvereine. Mit den Turn- und Sportvereinen pflegen wir übrigens eine sehr enge Partnerschaft und sie sind sehr engagiert. So haben die Turn- und Sportvereine eine Pauschalversicherung für die Flüchtlinge abgeschlossen, dass sie sich in den verschiedenen Disziplinen ausprobieren und Sport treiben können. Denn man darf ja nicht vergessen: Gerade für diejenigen, die noch nicht anerkannt sind, sind das hier lange Tage, an denen sonst nicht viel passiert. Darüber hinaus hat sich bei uns ein ganz gutes Netzwerk an ehrenamtlichen Helfern entwickelt, die beispielsweise Spenden zusammentragen oder Fahrradreparaturen übernehmen.

Wie hat die Bevölkerung auf den Flüchtlingszuzug reagiert?

Block: Der Stadtrat unterstützt – abgesehen von den zwei NPD-Vertretern – einhellig den eingeschlagenen Weg und sieht auch die Chancen, die sich durch den Zuzug der Flüchtlinge ergeben können. Aber natürlich



musste ich auch feststellen, dass vor allem in sozial schwächer gestellten Bevölkerungsschichten, die oft auch Unterstützung vom Staat erhalten, gewisse Ängste vorhanden sind, dass sie etwas abgeben müssen und durch die Flüchtlinge weniger bekommen. Hier darf man nicht müde werden, zu erklären, dass das eine nichts mit dem anderen zu tun hat und dass man nicht auf einmal in Konkurrenz zu den Flüchtlingen steht. Bei den Unternehmen war in der Hochphase des Flüchtlingszuzugs vor allem eine Verunsicherung zu spüren, wie das Ganze zu bezahlen sei und ob nun möglicherweise Sonderabgaben oder Steuern zur Finanzierung erhoben würden. Hier hätte ich mir vom Bund gewünscht, dass er deutlicher artikuliert hätte, welche Strategie – auch finanziell – er verfolgt, um eventuelle Gerüchte frühzeitig auszuräumen. Aber klar, gerade die NPD ist voll gegen den Flüchtlingskurs und so gibt es von denen auch einen Flyer, wo sie sie meine Person und das Zitat, dass man in den Flüchtlingen eine Chance sehen muss, kritisieren.

Haben Sie begleitende Maßnahmen ergriffen, um der Bevölkerung Ängste zu nehmen?

Block: Wir haben gerade bei der dezentralen Unterbringung die Bürger mit eingebunden. Sprich: Es gab Bewohner- und Mieterversammlungen, auf denen Fragen beantwortet wurden und wir versucht haben, Ängste zu nehmen. Wenn Wohnungen für Flüchtlinge her gerichtet wurden, haben wir den übrigen Mietern einige Tage vor dem Bezug Zeit gegeben, sich diese einmal anzuschauen, damit sie sehen, dass es sich hierbei um eine ganz einfache Ausstattung handelt. Damit sind wir gut gefahren und konnten Akzeptanz schaffen. Und ich habe auch immer gesagt, dass sie sich bei eventuellen Konflikten neben dem Vermieter auch immer an uns als Stadt wenden können. Häufig lassen sich Spannungen recht einfach lösen und beruhen auf kulturellen Unterschieden. Ein Beispiel: Während des Ramadan wird nach Sonnenuntergang das Fasten gebrochen, die Familie und Freunde sitzen zusammen und es kann entsprechend laut werden. Wenn der Nachbar aber um 4 Uhr aufstehen muss,

weil er Schichtbetrieb hat, will er natürlich abends Ruhe haben. Das sind aber Dinge, die sich durch Gespräche schnell lösen lassen und meist sehr einfach auszuräumen sind.

Welche Rolle spielt bürgerschaftliches Engagement bei der kommunalen Integrationsarbeit?

Block: Neben den bereits erwähnten Aktionen, wie etwa die der Sportvereine, hat die evangelische Kirchengemeinde mit dem „Volx-Mobil“ eine tolle Aktion ins Leben gerufen, mit dem vor allem Gemeinschaftsunterkünfte angesteuert werden. Ziel ist es, gemeinsame Unternehmungen für Kinder von Asylbewerbern und einheimische Kinder anzubieten, um hier schon das gemeinsame Verständnis füreinander zu wecken. Das ist übrigens eine tolle Sache, wenn man in die Schulen geht und sieht, dass Kinder miteinander überhaupt keine Probleme haben und sich verstehen. Ich denke überhaupt, dass man gerade die Kinder früh fördern muss und so bemühen wir uns, dass all die Flüchtlingsfamilien, die für ihre Kinder einen Kindergartenplatz haben möchten, diesen auch bekommen. Denn hier lernen die Kinder sehr schnell und spielend die deutsche Sprache, was ja letztlich Grundvoraussetzung für gelungene Integration ist.

Was müssen Kommunen Ihrer Meinung nach grundsätzlich leisten, damit erfolgreiche Integration vor Ort gelingen kann?

Block: Man muss es zunächst einmal wollen. Wenn die Mehrheit in der Kommune gegen die Unterbringung von Flüchtlingen ist, wird es schwierig und man sieht eben überall nur Probleme und Hindernisse. Natürlich ist aber genauso wichtig, Perspektiven zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die Menschen ihre Fähigkeiten, Interessen und Stärken in einen Beruf einbringen können. Das ist besonders in unserer strukturschwachen Region ein Thema, wo es eben leider häufig nicht genügend Arbeitsplätze gibt. Grundsätzlich muss die Kommune gemeinsam mit den Ehrenamtlichen ein Klima schaffen, das den Menschen, die kommen, signalisiert: Ihr seid willkommen.